

Michael Rutz: Im Programm steht als Titel der Diskussion: „Was die Revolution erreicht hat“. Das kann niemand besser erklären als die Teilnehmer dieser Runde. Ich möchte sie kurz vorstellen, auch wenn sie allesamt sehr bekannt sind, so wie Günter Nooke. Günter Nooke ist 1996 in die CDU eingetreten. Sie saßen bis 2005 im Bundestag und sind heute Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen. Sie waren Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, sie saßen am Runden Tisch in der ersten gewählten Volkskammer, bis 1993 waren Sie auch in der Nachfolge des Zusammenschlusses verschiedener Gruppen der Bürgerbewegung Mitglied der Bündnisgrünen.

Neben mir sitzt Angelika Barbe. Sie ist heute Referentin der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen. Sie sind Biologin, Sie haben in der Friedens- und Frauenbewegung in der DDR aktiv mitgearbeitet. Sie waren Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, später saßen Sie für die SPD im Bundestag, sind aber dann aus der SPD ausgetreten aus Protest wegen der Zusammenarbeit der SPD mit der PDS und sind dann der CDU beigetreten.

Ich darf Ihnen außerdem Herrn Gunter Weißgerber vorstellen. Herr Weißgerber ist Bundestagsabgeordneter der SPD und spielt auch in der inneren Auseinandersetzung in der Partei in manchen Fragen eine Rolle. Sie sind Bergbauingenieur gewesen in Ihrer beruflichen Tätigkeit, gehören zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Partei und waren auch bei den Montagsdemonstrationen aktiv.

Konrad Weiß ist Katholik und hat wegen dieser katholischen Prägung in seiner Jugend in der DDR viele Schwierigkeiten bekommen. Sie haben dann dennoch Abitur gemacht und konnten Regisseur werden. 1998 waren Sie Erstunterzeichner des Aufrufes „Für unser Land“ und auch Sie saßen am Runden Tisch. Sie sind Volkskammerabgeordneter gewesen, dann bei den Bündnisgrünen. Für diese Partei waren Sie auch im Bundestag, haben sie aber 2001 verlassen - ebenfalls, weil sie ein zu großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der PDS gezeigt hat, so wie Angelika Barbe das bei der SPD gemacht hat.

An meiner anderen Seite sitzt Freya Klier. Freya Klier ist Autorin und Regisseurin, war wegen eines Fluchtversuchs schon gleich nach dem Abitur in der DDR im Gefängnis, später in der Friedensbewegung aktiv. Sie sind gemeinsam mit Stefan Krawczyk, mit dem Sie auch verheiratet waren, als Liedermacher aufgetreten, bekamen Berufsverbot, wurden dann verhaftet und zur Ausreise aus der DDR gezwungen. Heute sind sie aktiv in der Aufarbeitung, nicht nur der SED-Diktatur, sondern auch der NS-Diktatur, tätig.

Frau Klier, Joachim Gauck hat gerade gesagt, Widerstand ist nicht, Widerstand wird. Wie war das bei Ihnen, wie ist Widerstand geworden?

Freya Klier: Es sind Situationen, in die man hineingerät. Also, ich erinnere mich an eine Episode, als ich Regiestudentin gewesen bin am Regie-Institut in Berlin, das war im Jahr 1981, ein Jahr vor meinem Studienabschluss. Ich war eigentlich eine richtig gute Studentin, auch ausgezeichnet, und war in der evangelischen Kirche Berlin-Pankow, wo wir auch den Friedenskreis gegründet haben. Da ging es darum, dass ich mit mehreren Leuten ein Stück aufführen wollte von Günter Eich, „Ein Traum“ - vier Leute, die in einem Waggon sitzen und nicht wissen, wo sie hinfahren. Das Stück ist eigentlich entstanden zum Dritten Reich, aber es hat auch die Atmosphäre der DDR eingefangen. So, und dann habe ich das vorbereitet und eines Tages wurde ich bestellt zum Prorektor. Der war für die Stasi zuständig; man hat das ja vermutet, und dann hat er zu mir gesagt, sie hätten gehört, was ich da machen will in der Kirche und dass das nicht gehe, ich sei Studentin an einem staatlichen Institut und es wäre eine Auszeichnung, da studieren zu dürfen, und er müsse mir das leider untersagen. Und dann habe ich versucht, zu widersprechen und darzustellen, wie wichtig mir das ist. Und dann hat er gesagt, wir wollen Sie überhaupt nicht ´rausschmeißen, Sie sind eine gute Studentin, aber es bleibt uns nichts übrig, wenn Sie das durchziehen, dann müssen wir Sie exmatrikulieren. Und ich bin nach Hause gegangen und habe gedacht, „ja, das war’s“. Ich musste es absagen, natürlich wollte ich mein Studium nicht aufgeben, ich wollte ja Theaterregisseurin werden. Und dann habe ich gemerkt - es waren ungefähr noch 14 Tage hin bis zu der Aufführung - ich habe es erst mal nicht abgesagt. Und habe dann im Bett gelegen und es hat mich nicht mehr losgelassen. Es ging hin und her. Da habe ich gedacht, du musst es machen, weil ich gespürt habe, wenn ich das jetzt nicht mache, werde ich immer im Leben einen Grund finden, warum ich etwas, was mir wichtig ist, dann nicht mache. Und es ging und her eine Weile. Und dann habe ich es gemacht und bin davon ausgegangen, dass ich exmatrikuliert werde. Ja, und dann hatte ich das Glück, die sind einfach darüber weggegangen. Ich meine, das wusste ich vorher nicht. Sie haben einfach so getan, als wäre nichts passiert. Ich bin nicht ´rausgeflogen aus dem Regie-Institut. Das sind so Situationen, da habe ich vorhin, als Joachim Gauck das gesagt hat, genau an diese Geschichte gedacht. Man sucht sich das nicht ´raus. Jeder Mensch von uns gerät ab und zu, ich denke auch in der Demokratie, an irgendeinen Scheideweg, wo man sich entscheiden muss, manchmal sind es ganz kleine Dinge, und dann hat man sich entschieden, so oder so.

Michael Rutz: *Aber man hat, Frau Barbe, doch gewusst, dass man vielleicht auch andere damit gefährdet. Die DDR war ja so angelegt, dass man nicht nur selber in Gefahr war, sondern auch Angehörige und Freunde mit in diese Tiefen und Schwierigkeiten gekommen sind.*

Angelika Barbe: Das war tatsächlich ein Dilemma. Bei den Kindern war es ja auch so, sie waren auch Zwängen unterworfen. Wenn ich daran denke, sie sollten, mussten in die Pioniere eintreten oder sie hatten Nachteile, sie wurden ausgegrenzt. Sie mussten Jugendweihe machen, sie mussten an Zivildienstleistungen teilnehmen, um überhaupt ein Studium zu bekommen. Und bei mir begann es schrittweise. Also, das Problem war, ich habe gesagt, das Militärmanöver „Schneeflocke“ kommt für meine Kinder nicht infrage. Und wenn ich die einzige Mutter bin, die dagegen ist. Oder ich habe dann in der 7. Klasse meiner Tochter, die in einer Spezialmusikschule war, gesagt, „nein, sie wird keine Jugendweihe machen, sie macht Konfirmation“ und das hieß, sie hätte kein Musikstudium machen dürfen. Wir hatten großes Glück. Das sage ich ganz deutlich. Ein Jahr später war dann die Revolution und wir konnten das alles ändern, und das Mädchel konnte dann Musik studieren, ist heute Geigerin, was sie niemals hätte machen dürfen, nur weil der Staat gesagt hat, du, ich verlange aber von dir, wenn du hier Kader wirst von uns, dann musst du dies und jenes tun. Und gleichzeitig hatte ich auch eine Frauengruppe, eine politische, wir haben uns für verschiedene Dinge engagiert. Wir haben Eingaben gemacht damals zum Volksbildungskongress, und haben uns beschwert darüber, dass wir keine Mitbestimmung haben in den Kindergärten, in den Schulen. Dass wir uns nicht für das Anliegen unserer Kinder selbst einsetzen können. Wir haben einfach gesagt, wir wollen uns selber darum kümmern. Wir wollen es nicht zulassen, dass die Partei uns vorschreibt, was wir zu tun und zu lassen haben. Und das hatte nichts damit zu tun, dass man wusste, man hat Erfolg. Nein, ich habe damit gerechnet, dass sie uns alles ablehnen, so wie Freya auch. Aber ich habe gewusst, es ist sinnvoll und es ist wichtig, dass ich meinen Kindern einen Weg vorzeige, also eine Alternative, und nicht immer nur abnicken und alles mitmache, sondern sage „nein, wir versuchen etwas anderes, demokratisch, gewaltlos, friedlich, aber bestimmt. Wir nehmen unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände“.

Michael Rutz: *Aber Sie wussten alle nicht, wie es ausgehen würde, also, dass dieser historische Moment am Ende stehen würde. Wir schauen uns mal eine kurze Filmeinspielung an, die historisches Ereignis zeigt, bei dem Vieles dann kulminierte. Albrecht Schröter ist Oberbürgermeister von Jena heute, er war Pfarrer, er war im Demokratischen Aufbruch, er ist bis heute in der SPD. Er war dabei, als die Kommunalwahlen gefälscht wurden, Anfang 1989, und hier ist sein Bericht:*

Albrecht Schröter (Video): „Man hätte es wissen können. Ich glaube, es gab auch in der DDR Bürger, die wussten, dass man bei der Auszählung dabei sein könnte. Aber auf den Gedanken, den weiterführenden Gedanken, dass man die Ergebnisse schlicht zusammenträgt und dann hochrechnet, darauf ist vor 1989 offensichtlich kaum jemand gekommen. Wir haben tatsächlich von 145 Wahlkreisen 55 Wahlkreise erfassen können. Das ist schon eine sehr gute

Datenbasis. Wie ist das konkret abgelaufen? Ich bin da 10 vor 6 dort hingegangen, habe meinen Zettel in Empfang genommen, habe säuberlich mit Lineal und Stift alle Namen durchgestrichen, weil ich diesem Wahlvorschlag so nicht zustimmen konnte und wollte. Und dann war es um sechs, die Tür wurde zugemacht. Wer drin war, blieb drin. Und ich weiß noch, in meinem Fall hat man mich versucht, etwas im Zaum zu halten, also einer von der Wahlkommission drängte uns ein bisschen zurück, damit wir nicht zu genau sehen könnten, was da auf den Zetteln stand. Und dann hat, glaube ich, um 22.10 Uhr damals im DDR-Fernsehen Egon Krenz das Wahlergebnis verkündet. Und dann nannte Krenz eben diese berühmten 1,6 Prozent oder noch weniger Nein-Stimmen für die ganze DDR und da haben wir gedacht, wir sind im falschen Film. Das ist ungeheuerlich, dass der Staat sich das traut, so offensichtlich zu betrügen und zu lügen. Und ich glaube, diese Wahlbeobachtung, diese Auszählung der Ergebnisse, das war tatsächlich der letzte Anstoß für die Wende, für die Friedliche Revolution, weil sich dann jeder gesagt hat, der Staat ist einfach nicht reformfähig.“

Michael Rutz: *Ja, das war eine Haltung, Herr Nooke, die man als Bürgerrechtler hatte. Es war eine innere Haltung, deren historischer Ausgang nicht abzusehen war. Wenn das so ist, dann ist Bürgerrechtler zu sein ja sozusagen auch ein innerer Beruf nach einem solchen historischen Ereignis, also bleibt man Bürgerrechtler, wenn man Bürgerrechtler gewesen ist. Heute sprechen wir über ein bestimmtes historisches Ereignis. Sie haben für sich ja auch praktisch die Entscheidung getroffen, ich mache das weiter so, sind heute Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Also, ist das eine innere Haltung, die alle durchtragen?*

Günter Nooke: Also, wenn ich antworten sollte, ob das eine innere Haltung ist, dann will ich sagen, man ist ja irgendwo ja auch von seinen Eltern und von seiner Umwelt geprägt. Ich bin nicht zu den Pionieren angemeldet worden von meinem Vater, ich bin christlich erzogen worden von meinen Eltern, ich bin dann auch nicht zur Jugendweihe gegangen. Das war dann die erste eigene Entscheidung. Aber vielleicht fängt Opposition sein oder Haltung bekommen einfach mit guter Erziehung an und mit einem Umfeld, für das wir wenig können, für das wir einfach nur dankbar sein sollten. Das will ich einfach hier mal sagen. Und dann hat es irgendwann Folgen, man lernt selbst zu denken, man macht so Sachen wie am 7. Mai 1989, man koordiniert quasi die Auszählung der Stimmen, das haben wir in Forst auch gemacht in Absprache mit anderen Bürgerrechtsgruppen oder oppositionellen Gruppen, und das hat dann Auswirkungen. Man muss dann natürlich auch ein bisschen klug sein. Der Vorteil von diesen Kommunalwahlen war ja, man musste sich nicht dazu bekennen, gegen den Staat zu sein. Man musste sich als Genosse oder in der Betriebsversammlung nur zu Adam Riese bekennen. Ein Professor konnte einfach sagen, „ich habe meine Studenten doch in Mathematik gut unterrichtet,

und die haben hier doch alle richtig zusammengezählt“. Das ist viel einfacher. Die Kommunalwahlen, das war die erste koordinierte Aktion der sonst manchmal etwas chaotischen und differenzierten oppositionellen Bewegung. Das war sozusagen die erste politische Leistung, würde ich heute in der Analyse sagen. Und wenn Sie jetzt fragen, bleibt man bei dieser Haltung, sage ich Folgendes: Erstens versuche ich heute weiter irgendwie auch klug Politik zu machen unter den Bedingungen, die wir haben. Ich sitze im Auswärtigen Amt, das ist auch nicht immer ganz einfach, da Menschenrechtspolitik zu machen, nur mit Diplomaten. Man muss sich dann auch manchmal schon gegen einige durchsetzen. Und wenn Sie jetzt fragen, wie geht das, nenne ich Ihnen ein Beispiel. Das habe ich noch nie so öffentlich erzählt, ist vielleicht auch ein bisschen unfair gegenüber den Diplomaten, aber ich nenne jetzt keine Namen. Wir hatten Menschenrechtsdialog im November letzten Jahres in Peking, in China. Ich hatte vorher einen Bürgerrechtler empfangen, der einen Hauskirchenkreis, so einen evangelikalen christlichen Hauskirchenkreis in Peking hat, und dem habe ich versprochen, wenn ich das nächste Mal in Peking bin, besuche ich dich. Das hatte ich meinen Diplomaten gesagt, die hatten entschieden, „das bringen wir den Chinesen nicht ganz am Anfang bei, damit der Dialog nicht gestört wird, das sagen wir vielleicht dann erst hinterher“. Gut, wir haben den Dialog gemacht. Dann haben wir noch ein Haftlager angesehen, so ein Umerziehungslager, das sie extra zum Vorzeigen für westliche Politiker gebaut haben. Und als wir dann auf dem Weg zurück waren, riefen die meinen Konterpart im Außenministerium an - wir waren ja gut eingepackt von der chinesischen Staatsführung, waren begleitet überall -, dass ich jetzt noch in diesen kirchlichen christlichen Hauskreis gehen will. Das sind die nicht anerkannten evangelischen Christen in China. Und natürlich rief sofort mein Konterpart vom Dialog an, der Mensch im Auswärtigen Ministerium in Peking, und es hieß „das können Sie nicht machen, Sie sind Gast der Regierung und das geht überhaupt nicht“. Und meine Diplomaten, einer nach dem anderen sagte, „also, wenn Sie meinen Rat hören wollen ...“. Und na gut, nachdem das alle so gesagt hatten, wurde ich immer sicherer, ich gehe dahin. Und das kann man einfach machen und dann passiert auch gar nicht so viel.

Michael Rutz: *Das ist eine gute Überleitung zum nächsten Spielfilm, den wir haben, denn es war auch eine Kirche, die eine bedeutende Funktion hatte bei diesem Aufbruch 1989. Sie wissen, wovon ich rede, die Nikolai-Kirche in Leipzig. Christian Führer ist dort seit 1980 Pfarrer gewesen und seit 1982 hat er dort Montagsgebete durchgeführt. Ab Mai 1989 stieg der Stasi-Druck auf diese Friedensgebete. Und das erklärt er uns:*

Christian Führer (Video): „Am 4. September 1989, da war Messewoche und da hatten westliche Journalisten eine pauschale Drehgenehmigung für die ganze Stadt, für Kirche haben sie sonst nie eine Drehgenehmigung bekommen. Und da standen die nach dem Friedensgebet vor der Tür in einem riesigen Halbrund und

dann wurde das ganz anders und großartig, als da einige Jugendliche unter ihrer Jacke das Spruchband entrollten „für ein offenes Land mit freien Menschen“. Da war klar, das war ganz großartig, und dann kamen sofort diese tumultartige Szenen, wo man wenig sah, aber alles vor laufender westlicher Kamera und dadurch ist es dann permanent auch in den Nachrichten gekommen, in die Westnachrichten. Westdeutschland hat es erfahren, in Europa sind die Bilder ´rum gegangen und vor allen Dingen in der DDR sind diese Bilder gesehen worden. Das war nicht die Tat einzelner Leute, und die Revolution, die aus der Kirche kam, da hat diese Kirche eine ganz große Rolle gespielt und wurde am 9. Oktober 1989 zum Kernpunkt der Friedlichen Revolution mit den Friedensgebeten in allen Innenstadtkirchen, 8000 Leuten in den Kirchen und 70.000 Leuten dann, die sich nach dem Friedensgebet zu einer riesigen Demonstration formierten. Da gab es zwei Gefühle nur. Ein Gefühl der ungeheuren Erleichterung, dass es nicht zur chinesischen Lösung gekommen war, nicht geschossen worden war. Und das zweite, eine Ahnung, was heute passiert ist, das ist in der DDR noch nie passiert.“

Michael Rutz: *Herr Weißgerber, Sie sind nicht aus Ihrer Partei ausgetreten, als sie eine gewisse Nähe zur PDS erreicht hatte. War das mit inneren Schwierigkeiten bei Ihnen verbunden?*

Gunter Weißgerber: Das ist ständig mit inneren Schwierigkeiten verbunden, aber bis vor kurzem war ich noch der Auffassung, dass ich da vieles gut verhindern konnte. Und für meinen Bereich und in der Region Leipzig war das ja auch so bis vor kurzem. Trotzdem muss man ja immer überlegen, wie geht's du jetzt mit dem Problem um, denn wer ´rausgeht, hat auch keine Chance mehr mitzuwirken und etwas zu beeinflussen.

Michael Rutz: *Sie sind jetzt nicht mehr der Meinung, dass man irgendetwas verhindern kann, wenn Sie sagen, bis vor kurzem waren Sie*

Gunter Weißgerber: Das ist fast eine Gewissensfrage, die Sie mir stellen. Ich kämpfe ständig mit mir. Noch bin ich gerne in der SPD, noch warte ich Wahlergebnisse im Herbst ab, und alles Weitere werden wir sehen. Aber noch bin ich optimistisch, dass bestimmte Dinge so nicht stattfinden werden, wie ich sie jedenfalls nicht haben will.

Michael Rutz: *Herr Weiß, wie erleben Sie denn diese Veränderung der DDR-Erinnerung, also gerade im Zusammenhang mit der PDS. Sie sind es ja gewesen, die die DDR erlebt haben von einer Seite, die in höchstem Maße unangenehm, freiheitseinschränkend und vieles andere gewesen ist, was diesen Staat ausgemacht hat. Heute liest man gelegentlich und hört auch, "na ja irgendwie war es doch ein Rechtsstaat, es gab wenig Arbeitslosigkeit und eine hohe soziale Gemeinschaft war da eigentlich da", also es kommt so eine Art*

Verklärung zustande, die sich möglicherweise ja auch pädagogisch transportiert. Diese Verklärung des DDR-Bildes oder dieses Bild, was da heute geschnitzt wird, ist Ihnen das erträglich und meinen Sie, man müsste es nur richtig korrigieren oder ist es grundfalsch?

Konrad Weiß: Also, ich halte das für eine niederträchtige und zutiefst unredliche und verlorene Debatte, wenn darüber diskutiert wird, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei oder nicht. Natürlich war die DDR ein Unrechtsstaat. Und diese Aussage Rechtsstaat oder Nicht-Rechtsstaat, die bezieht sich ja nicht darauf, ob jemand die Straßenverkehrsregeln eingehalten hat und dann von der Volkspolizei meinetwegen Punkte bekommen hat, sondern sie bezieht sich auf die grundsätzliche Position der DDR, die Menschenrechte zu missachten, den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR alle Freiheitsrechte vorzuenthalten. Ich glaube, das eigentliche Problem - was damit auch verbunden ist, dass für viele im Nachhinein so eine Art Entschuldigung entsteht für die DDR - ist, dass viele sich auch heute im Nachhinein aus der Verantwortung heraus nehmen und eben überhaupt nicht merken, dass das ein fortwährender Prozess sein muss. Dass das, was wir 1989/90 geschafft haben, die Friedliche Revolution, die Wiedervereinigung, vor allem die Erringung von Demokratie und Menschenrechten für Ostdeutschland, dass das ein fortwährender Prozess ist. Dass es nichts war, was einmal errungen ist, und dann für alle Zeit da ist, sondern dass jeder im Grunde genommen an seinem Platz Tag für Tag dafür arbeiten muss. Und dass es auch etwas ist, was durchaus gefährdet ist, was durchaus nicht endgültig sein kann. Ich halte es für möglich, dass die Feinde der Demokratie in Deutschland, die von der linken Extremen und die von der rechten Extremen, irgendwann auch noch mal wieder eine Mehrheit haben können. Auch Hitler ist 1933 ja gewählt worden. Der hat sich ja nicht an die Regierung geputscht, sondern der ist von einer Mehrheit der Deutschen gewählt worden. Und diese Gefahr sehe ich bei der gegenwärtigen Gleichgültigkeit vieler Menschen - absolut, nicht heute und nicht morgen, aber auf längere Sicht - durchaus für gegeben.

Michael Rutz: *Frau Klier, wie schafft man das? Sie sind ja unermüdlich unterwegs und versuchen, genau an dieser Front zu arbeiten. Worauf stoßen Sie da, welche Erfahrungen bestürzen Sie in diesem Zusammenhang, auch wenn Sie sich Menschen gegenübersehen, für die diese Art von Erinnerung oder auch von inhaltlicher Aufarbeitung eher unbedeutend ist? Die die Gefahren nicht sehen, die auch einer Demokratie drohen können?*

Freya Klier: Junge Leute, mit denen ich vor allem zu tun habe, die haben ja gar keine Vorstellung davon, was eine Diktatur ist, denn die sind ja alle nach dem Mauerfall geboren. Wenn man einen Satz sagt, dann denken die natürlich immer aus der Demokratie heraus. Das heißt, man muss mit denen richtig tief hineingehen und versuchen, Wege zu finden, um denen spürbar zu machen, was

Angst ist, was Verfolgung ist. Die simpelsten Dinge, wie gesagt, können die sich nicht vorstellen. Und es ist unsere Aufgabe, da wirklich reinzugehen, in den Schulen zuallererst - junge Leute kommen ja nicht zu Abendveranstaltungen dieser Art, zu politischen Veranstaltungen oder zu Bildungsveranstaltungen. Ich habe die Erfahrung gemacht, und zwar über Jahre jetzt, die Schüler sind ungeheuer dankbar, wenn das spannend ist, wenn es gelingt, sie emotional zu erwischen. Dann wollen sie, dass man wiederkommt. Manchmal mache ich ja sechs Stunden mit denen, zeig´ Dokumentarfilme, mache Gesprächsgruppen, lese, und gehe immer tiefer ´rein in 40 Jahre DDR-Geschichte. Das baue ich dann auch chronologisch auf, damit sie sehen, wie entsteht das eine aus dem anderen, was war am 17. Juni, was ist gefolgt, wie war die Jugendsituation in den 60er Jahren. Da sind mein Bruder und seine Freunde noch verhaftet worden wegen des Besitzes von Stones- und Beatles-Texten, während wiederum meine Tochter in den 80er Jahren in die Disko gegangen ist, da durften 40 Prozent Musiktitel aus dem Westen sein, die durften Beatles hören. Und diese ganzen Besonderheiten der Jahrzehnte versuche ich denen ´rüberzubringen. Wie gesagt, es gibt von Schülern eine ganz große Offenheit. Es muss einfach spannend sein, dann gehen die mit. Bei Lehrern ist es so, dass ich denke, zum einen Teil sind sie froh, dass man kommt, weil sie etwas hilflos sind, vor allem in den alten Bundesländern im Umgang mit DDR. Erschwerend ist das doch noch so, dass die 68er vieles noch nicht aufgearbeitet haben. Das heißt, wenn sie offen sind, sind sie froh, dass man kommt. Man nimmt ihnen nämlich was ab, den Unterricht praktisch. Und im Osten ist es so, da gibt es schon noch sehr viele Schulen, die machen einfach zu. Die machen zu, wenn die Namen von uns hören, da muss man sich ´reinkämpfen. Manchmal macht das ein Lehrer, eine Lehrerin, die sagen, „okay, bei uns kriegen zwar alle einen Hals, wenn nur das Wort Bürgerrechtler fällt, aber in meine Klasse kommen Sie“. Das finde ich dann wieder ganz toll und ganz mutig und das müssen wir eben machen, so Stück für Stück. Das ist wie Konrad Weiß gesagt hat, das ist eine Geschichte, die hört nicht einfach irgendwie auf, sondern die bleibt uns als Aufgabe.

Michael Rutz: *Das ist, Frau Barbe, die eine Möglichkeit, diese Geschichte aufzuarbeiten, eben indem man Lehren zieht und diese Lehren versucht auch weiterzugeben. Die andere ist, dass man sich mit dieser Geschichte ganz genau befasst und versucht, die Dokumente zu sichern. Das macht die, ich werde es mal sagen, die so genannte Gauck-Behörde, die jetzt BIRTHLER-Behörde heißt, und das ist nicht unumstritten. Wie haben Sie denn die Debatte empfunden, die wir in den letzten Monaten da erlebt haben, die Angriffe auf Frau BIRTHLER und die Meinung, “jetzt hört endlich auf mit dieser Aufarbeitung“. Springen Sie Frau BIRTHLER an die Seite oder läuft dort möglicherweise doch etwas so, wie es nicht laufen sollte oder vielleicht besser laufen könnte?*

Angelika Barbe: Also, erst mal bin ich ganz stolz und dankbar, dass wir diese Behörde haben und wir haben sie uns als erste erkämpft. Wir haben sie uns als

erste erkämpft, weil wir davon ausgegangen sind, dass jeder Bürger, der widerrechtlich bespitzelt wurde, das Recht haben soll, in seine eigene Akte ´reinzusehen. Um zu sehen, wie mit seinem Leben umgegangen wurde, wie dieser Unrechtsstaat ihn drangsaliert hat, und, um ihm die Angst noch nachträglich zu nehmen. Das war wichtig, und dazu stehen wir auch. Und wissen Sie, ich erlebe das ja auch in der Aufarbeitung. Ich mache so etwa 90 Veranstaltungen im Jahr in Sachsen zu Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung, 10 davon etwa zur NS-Vergangenheit, die anderen zur SED-Vergangenheit. Und ich muss sagen, das Interesse bei denen, denen wir diese Vorträge, diese Zeitzeugenberichte sozusagen ins Haus bringen, das ist riesengroß. Und besonders erstaunt bin ich, wie dankbar Jugendliche sind, wie interessiert sie sind. Dieses angebliche Argument, es würde sich keiner mehr dafür interessieren, ist absolut falsch. Es stimmt einfach nicht. Die Leute haben Interesse daran, die jungen Leute wollen Genaueres wissen, und sie wollen vor allen Dingen wissen, was hieß das denn eigentlich – Freiheit? Und da sage ich ihnen immer, „Freiheit, die haben wir uns mühsam erkämpft, nutzt die heute!“ Freiheit heißt ja nicht, wie Joachim Gauck gesagt hat, du kannst alles machen, was du willst, sondern Freiheit heißt, du musst nicht machen, was du nicht willst. Diese dauernden Zwänge, die wir hatten, dieses dauernde Angstgefühl, das ist alles nicht mehr da. Und das, jetzt komme ich wieder zu Ihrer Frage zurück, das steht alles in den Akten drin. Da steht drin, dass 90 Prozent der Leute, die angefragt worden sind, ob sie spitzeln wollen, „nein“ gesagt haben. Da steht drin, wie die Leute Mut und Zivilcourage gezeigt haben. Das sind ganz wunderbare Akten von wunderbaren Menschen. Außerdem verstehe ich gar nicht, warum man der DDR nachtrauert. Ich denke, wir sollten ganz stolz darauf sein, dass wir die erste Friedliche Revolution in Deutschland selber als Ostdeutsche gemacht haben.

Michael Rutz: *Ich sprach gerade von dem Willen, einen neuen Staat zu machen oder auch eine Wiedervereinigung anzustreben. Wenn Sie heute Bilanz ziehen, Herr Nooke, was ist gut gelaufen und was hätte anders laufen können?*

Günter Nooke: Also, ich würde die Bilanz auf jeden Fall positiv ziehen. Erstens, wenn man für Freiheit kämpft und für die Meinungsfreiheit, dann muss man akzeptieren, dass nach dem Ruf „Wir sind das Volk“ eben die Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland auf den Straßen ganz eindeutig gesagt hat, „Wir sind ein Volk“. Das war die erste Forderung, die die Massen ergriffen hat und nicht irgendwelche intellektuellen Papiere, die wir uns ausgedacht haben, was man vielleicht noch machen könnte. Und insofern ist es völlig in Ordnung. Und ich finde es auch richtig, dass die Deutschen in einem Staat leben, da habe ich kein Problem mit. Ich kann mich an die Rede von Erhard Eppler, heute vor 20 Jahren im Deutschen Bundestag erinnern, und dass ich an meiner Werkbank in der Forstener Lausitz irgendwie Möbel bauen musste, weil es nichts zu kaufen gab in der DDR, und ich glaube, dass man da nicht so richtig wusste, wie nah

das ist. Das ging Eppler nicht so, das ging mir nicht so. Ich habe aber immer die Wiedervereinigung oder die Einheit Deutschlands als den Normalzustand und das andere als nicht normal angesehen. Und dass dann manchmal in turbulenten Phasen das Normale viel schneller kommt und nicht auf dem normalsten oder unturbulentesten Weg, das gehörte dann halt dazu. Dass es ein bisschen teurer war, da könnte ich ein paar Geschichten erzählen aus meiner Zeit während der Braunkohlesanierung. Dass manches vielleicht doch anders hätte geregelt werden können. Wir haben zum Beispiel 1990 in der Volkskammer über einige Themen gesprochen, die uns 10, 20 Jahre danach noch beschäftigt haben. Eigentumsfragen, Energiefragen, Altschuldenfragen ... Also ich glaube, wir waren nicht so schlecht dabei. Heute würde ich mir manchmal wünschen, ich hätte die Mehrheit noch mal, das umzusetzen, was ich für richtig erkenne. Ich könnte zu dem Thema Menschenrechte auch was sagen. Es könnte sogar sein, dass wir in der internationalen Debatte dabei sind, wieder zu merken, wie wichtig es wäre, dass wir in Deutschland, dass wir in Europa, die Freiheit lernen wieder ganz lautstark zu vertreten. Weil nämlich andere Interessen - und es sind wieder Kollektive, es sind wieder Schutzinteressen von anderen Gruppen - sich da in den Vereinten Nationen eine neue Mehrheit bilden, die eventuell - vielleicht nicht in 10 Jahren, aber auch nicht erst in 50 Jahren - das Leben, wie wir es hier gewohnt sind, verändern könnten. Und da wachsam bleiben, das finde ich schon spannend.

Michael Rutz: *Können Sie deutlicher werden, was meinen Sie?*

Günter Nooke: Das ist so ein Beispiel, wenn wir über das Thema Meinungsfreiheit eigentlich gar nicht mehr reden, sondern ein ägyptischer Botschafter im Menschenrechtsrat beantragt, dass bitte die Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit guckt, dass Journalisten nichts Negatives über Religion, insbesondere den Islam, schreiben dürfen. Es gibt ein Religionsfreiheitsrecht, ein Recht auf Gewissens- und Glaubensfreiheit. Aber Religionen haben kein Recht auf Religionsfreiheit oder auf Menschenrechte, diese Rechte sind für einzelne Menschen da, nicht für Religionen. Das heißt, ich muss also auch bewusst deutlich machen, dass ich zwar Verständnis habe, wenn Religionen Interessen haben, auch Christen, Muslime, Juden haben Interessen. Aber das individuelle Menschenrecht auf Religionsfreiheit zu verteidigen und gleichzeitig das individuelle Menschenrecht auf Meinungsfreiheit zu verteidigen, das geht nicht ohne Konflikte. Aber es einfach aufzulösen, indem man wieder kollektive Interessen definiert, mit denen man dann nicht mehr davon redet, dass es Religionsfreiheit gibt, sondern dass man die Deformierung von Religionen verbietet - das wenden wir zurzeit gerade ab. Und dann einigt man sich auf der Mitte, wir sind tolerant. Dann geht es um Toleranz des Staates, aber Toleranz des Staates ist etwas ganz anderes, als wenn der Staat das Recht des Einzelnen zu schützen hat. Und ich glaube, nicht jeder Punkt, wo wir in der Mitte vielleicht heute ankommen bei solchen Debatten und Verhandlungen ist

wirklich eine Garantie, dass unser Leben, so wie wir es gewohnt sind, so weitergeht. Wir haben jetzt 60 Jahre Grundgesetz gefeiert und das ist die beste Verfassung der Welt, wenn man den Anfang nur nimmt. Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, dann geht es sogar noch um Menschenrechte. So sollten alle Verfassungen dieser Welt anfangen und diesen Schatz zu bewahren und daran zu erinnern, das sind alles Dinge aktueller Freiheitsarbeit.

Michael Rutz: *Herr Weißgerber, Sie sind ja in die Politik gegangen, um diesen Staat bis heute ganz direkt politisch im Parlament, im Bundestag, mitzugestalten. Wenn Sie den bürgerrechtlichen Impetus noch mal hernehmen und unseren Staat heute anschauen, was würden Sie gerne ändern oder was besorgt Sie?*

Gunter Weißgerber: Also, 1989 ging es um Freiheit, freie Wahlen, Demokratie und um deutsche Einheit. Im Sommer 89 hat das noch niemand öffentlich gesagt. Wir haben keine Rowdys, wir haben die Demonstration gebraucht, dass wäre die Einflusschance für Stasi und Polizei gewesen, und der Ruf nach deutscher Einheit hätte ein Gleiches nach sich gezogen. Aber im Laufe des Herbstes konnte man das dann auch deutlich artikulieren. Und ich gehöre zu denen, die das sehr deutlich artikuliert haben. Und nicht wegen der Banane, die Otto Schily ins Fernsehen gehalten hat am 18. März 1990, sondern aus Sicherheitsgründen. Wir waren mit der deutschen Einheit Mitglied der Nato des westlichen Bündnisses und egal, was in Moskau noch passiert wäre, wir wären ungeschoren davon gekommen. Wir wären in Sicherheit gewesen. Deshalb haben wir die deutsche Einheit auch so dringend gebraucht. Und die Putschgerüchte um Gorbatschow begannen ja um den Jahreswechsel 89/90. Und 91 im August ist dann auch der Putsch tatsächlich geschehen. Zum Glück waren wir da schon im Westen und uns konnte keiner mehr, wenn es anders ausgegangen wäre.

Um noch mal darauf zurückzukommen, was unsere Hauptforderungen waren, das haben wir ja alles. Was zählt, ist das Engagement vieler Menschen. Demokratie lebt nicht vom Hinschauen, lebt nicht davon, dass sich alle raushalten. Demokratie ist das Mitmachen aller, das Einmischen aller, wer sich raushält, hat auch kein Recht, darüber zu meckern, was da passiert. Und unser tägliches Kunststück besteht darin, den Menschen das klarzumachen und sie zu mobilisieren. Warum ist es beispielsweise so traurig mit der SPD bezüglich der Linken geworden? Weil die, die beispielsweise meine Auffassung hatten, über die Jahre immer weniger wurden. Die sind rausgegangen, resigniert, sind gar nicht erst reingegangen, weil sie 1990 das Wort „Genosse“ gehört haben, weil das schon eine schwere Hürde war. Die, die diese Position vertreten haben, die sind halt immer weniger geworden. In der Demokratie ist das nun mal so. Mehrheiten entscheiden, und wenn da was kippt, verändert sich auch was. Und

ich stehe halt vor der Frage, wie ich mich weiterhin verhalte. Noch bin ich optimistisch.

Michael Rutz: *Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe, um da journalistisch sozusagen nachzufragen, eine Bundes-SPD, die mit der Linken paktierte, wäre nicht mehr ihre?*

Gunter Weißgerber: Da das dieses Jahr nicht passieren wird, ist die Frage hypothetisch.

Michael Rutz: *Herr Weiß, ich möchte mal eine ganz kurze Frage stellen. Ist Angela Merkel sozusagen die personifizierte Synthese, also das Versöhnungsangebot des Ostens an den Westen, wie empfinden Sie diesen historischen Umstand?*

Konrad Weiß: Also, Angela Merkel ist sicher nicht eine Synthese, sondern eine Person. Eine Person, die in der DDR sozialisiert ist, die von daher, glaube ich, ein ganz gutes Verständnis dafür hat, was im Osten los ist, und die mit einem wirklich großen politischen Talent und großem politischen Geschick auch sehr schwierige Situationen in ihrer Kanzlerschaft und auch davor als Parteivorsitzende gemeistert hat. Ich habe großen Respekt vor ihr. Ich kenne sie auch aus der Zeit der Friedlichen Revolution. Also da, glaube ich, ist wirklich ein politisches Talent entdeckt worden von Helmut Kohl, und dieses politische Talent ist heute unsere Bundeskanzlerin und ich sehe eigentlich niemanden in der CDU und erst recht nicht in der SPD, die ihr gegenwärtig das Wasser reichen könnten. Also, keine Synthese.

Ich bin leider, wenn ich das dazu sagen darf, Herr Kollege Weißgerber, ich bin leider nicht so optimistisch, was die Bündnisse der SPD angeht. Wenn ich mir dieses Drama ansehe, dass diese alte traditionsreiche Partei, die SPD, Koalitionen gemacht hat in Mecklenburg-Vorpommern, Koalitionen gemacht hat in Berlin - ich lebe in Berlin, Freunde von mir sind aus Berlin emigriert, aus Deutschland emigriert, als die SPD in Berlin die Koalition mit der PDS, jetzt Links-Partei, eingegangen ist. Und was wir in Hessen miterlebt haben, das ist doch zum Grauen, das ist doch grauenhaft gewesen, ich kann niemand mit gutem Gewissen sagen, „wähle die SPD!“ Nachdem, was sich dort abgespielt hat, dass ein Wahlversprechen so kaltschnäuzig, so unverfroren, so ohne jeden politischen Instinkt beiseite geschoben worden ist, wie soll ich da irgendjemanden, der politische Verantwortung in dieser Partei hat, noch trauen. Ich würde wirklich gerne für alle demokratischen Parteien sprechen, aber ich kann das nicht, wenn ich fürchten muss, dass eine dieser Parteien in absehbarer Zeit oder nach den nächsten Wahlen in eine Koalition meinewegen mit der Links-Partei oder meinewegen mit der NPD eintritt.

Michael Rutz: *Herr Weißgerber, Sie dürfen antworten oder Sie müssen.*

Gunter Weißgerber: Zu Hessen und Ypsilanti muss ich was sagen, weil sie mit mir sowieso den Falschen ansprechen. Es war ja oft genug zu lesen, dass ich mich massiv eingemischt habe dagegen. Es hat ja auch erheblichen Widerstand gegeben. Es ist letztendlich glücklicherweise, auch durch Neuwahlen, nicht dazu gekommen. Aber ich möchte zu Dagmar Metzger und den anderen Dreien was sagen, die so genannten Abweichler. Abweichler waren die, die gegen die vier waren, die haben nämlich von den Grundwerten eine Abweichung beschritten. Und Dagmar Metzger und die anderen drei SPD-Politiker haben zur Ehrenrettung des politischen Mandats beigetragen, zur Ehrenrettung von Grundwerten, auch zur Ehrenrettung der alten demokratischen Partei SPD.

(Applaus)

Angelika Barbe: Es traut sich außer Gunter Weißgerber scheinbar keiner aus der SPD mehr her. Ich kann mich erinnern, als ich den Rücktritt von Stolpe gefordert habe, nachdem seine Stasi-Vergangenheit bekannt geworden ist, da musste ich mich dann vor über 250 SPD-Abgeordneten rechtfertigen, die mich alle beschimpft haben. Ich wünsche das keinem und ich hoffe, dass eine solche Unkultur auch heute nicht mehr stattfindet in den Parteien, denn das kann es nicht sein. Man muss sagen können, was man denkt und man muss auch sagen können, „du hast vor den Wahlen gelogen und wenn herauskommst, dass du Stasi-Mann warst, dann musst du auch die Konsequenzen ziehen und nicht dich zurückziehen und dann auch noch behaupten, alle Ostdeutschen würden beleidigt, wenn man ihm so was vorwerfen würde.“ Das war eine ganz miese Attacke, auch auf die Ostdeutschen, und dass wir uns das gefallen lassen, ist eigentlich schändlich. Und ich möchte noch an Erich Loest erinnern. Erich Loest hat gerade in einem Artikel im April in der FAZ deutlich gesagt, er emigriert nach Halle, weil er das nicht akzeptiert, dass ein Unvereinbarkeitsbeschluss, dass die SPD in Sachsen nicht mit der PDS jetzt zu den Landtagswahlen koalitiert, das ist abgelehnt worden. Daraufhin hat Erich Löst gesagt, diese Partei kann ich nicht mehr wählen. Und das ist ein ganz alt gedienter Sozialdemokrat, der dafür, für seine Ideen auch in Bautzen gesessen hat, sieben Jahre. Und das ist eigentlich unglaublich.

Michael Rutz: *Eine letzte Runde hier noch auf dem Podium. Es heißt immer, Deutschland ist noch nicht zusammengewachsen, Frau Klier, und West und Ost. Ich meine, ich habe als Jugendlicher aus Bayern erlebt, dass Bayern mit dem Rest auch nie zusammengewachsen war, aber vielleicht ist das eine andere Qualität. Ist das eine obsoleete Frage eigentlich, die Frage, ob der Osten und der Westen zusammengewachsen seien heute oder gibt es Defizite, wo Sie sagen, „nein, das muss noch erledigt werden“?*

Freya Klier: Also insgesamt bin ich ja beschimpft worden dafür, dass ich bestimmt 15 Jahre gesagt habe, „Leute, es knistert doch sehr zwischen Ost und West“. Es war einfach schon beschlossen, dass es zusammengewachsen ist. So, nun sind wir an dem Punkt, wo ganz offen damit umgegangen wird, wie ist die Situation. Kürzlich hat irgendein Gebiet, ich glaube Essen war das, Ruhrgebiet, glaube ich, hat Gelder gekriegt, dass die mal ihre Straßen, ihre maroden Straßen, wieder auf Vordermann bringen. Da war Ruhe im Osten, niemand hat protestiert, es war ein einverständliches Nicken, dass jetzt nach 20 Jahre Osten auch mal wieder der Westen dran ist. Und da habe ich zum ersten Mal gedacht, jetzt sind wir ein Stück weiter, jetzt kommt so ein Stück Normalität rein. Und das soll auch so bleiben.

Michael Rutz: *Herr Weiß.*

Konrad Weiß: Wachsen heißt ja wachsen, das heißt ja nicht, es gibt einen Knall, und dann ist irgendwas geschehen, meinetwegen auch die Wiedervereinigung. Sondern wenn ein Mensch wächst, wenn ein Kind wächst, dann ist das ein langsamer Prozess. Wenn ein Baum wächst, dann kann das ein Prozess sein, der über Jahrhunderte dauert. Und ich glaube, wir müssen einfach lernen, da viel geduldiger zu sein und diesem Prozesshaften, diesem Wachsen viel mehr vertrauen. Das ist, glaube ich, auch das, was Willy Brandt gesagt hat, wenn er sagte, jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört. Und er hat nicht gesagt, morgen ist zusammen, was zusammen gehört.

Michael Rutz: *Was fehlt noch?*

Konrad Weiß: Es fehlt auf beiden Seiten, glaube ich, Verständnis und Interesse. Das, denke ich, kann gar nicht groß genug sein. Man muss begreifen, dass nach so langer Zeit der Trennung – es sind 12 Jahre gewesen und 44 Jahre gewesen, also im Grunde genommen drei Generationen – dass nach einer so langer Zeit der Trennung einfach bestimmte Dinge nicht mehr verstanden werden beim anderen, bei den Westdeutschen von den Ostdeutschen nicht und umgekehrt genauso. Und da ist wirklich - das ist inzwischen ja eine Binsenweisheit - auf den anderen hören, sich den anderen anhören, mit dem anderen ins Gespräch kommen, immer noch das beste Rezept dafür.

Michael Rutz: *Herr Weißgerber.*

Gunter Weißgerber: Da muss man erst mal klar werden, was verstehen wir unter Zusammenwachsen. Eine homogene Volksmasse wird es so nicht geben, der Bayer und der Schleswig-Holsteiner haben auch ihre Unterschiede. Wir müssen mit den Unterschieden untereinander leben. Es hat letzstens eine Umfrage gegeben zur Zustimmung zum Grundgesetz. Und die ist in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands sehr hoch, vor acht Wochen war diese

Umfrage. Und das ist doch ein gutes Zeichen. Selbst die ehemaligen Stasi- und SED-Leute schätzen ja das Grundgesetz, weil sie Dinge einklagen konnten, die sie ihren Opfern in der Zone nie gewährt hätten. Das ist doch ein gutes Zeichen. Machen wir das Grundgesetz zur Verfassung, es ist ja in Ordnung, so wie es ist. Machen wir eine Volksabstimmung und wir werden sehen, die Mehrheit der Deutschen wird dieses Grundgesetz, so wie es ist, als Verfassung annehmen. Identitätsstiftend wäre das.

Michael Rutz: *Also Osten und Westen zusammen wachsen lassen und die Debatte aufhören lassen - können wir sie beenden?*

Günter Nooke: Ja, aber ich würde schon sagen, die unterschiedliche Sozialisation, die wir haben, die sollten wir nicht irgendwie verschweigen. Damit sollten wir offen umgehen, daraus erwachsen ja auch Stärken. Man kann dann auch Dinge anders sehen als der andere. Wenn jeder seine Stärken einbringt, dann wird das Zusammenwachsen leichter, weil man dann nämlich die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam bewältigt. Das ist doch das Entscheidende, was Zusammenwachsen ausmacht, dass man gemeinsam jetzt Ost- und Westfolge hat. Und den Herausforderungen gewachsen sein, da finde ich, da kann man sich unterschiedlich einbringen. Und sicher müssen wir da auch ein bisschen mit der Vergangenheit noch umgehen und ehrlich dazu stehen, dazu haben wir ja gerade geredet, was den Osten angeht. Ich sage das ja auch gerne - wir sind ja hier schon in Hessen - auch in Richtung der Alt-68er. Also so ein bisschen Aufarbeitung des Westens wäre auch nicht schlecht. Da sind natürlich auch Erfahrungen, die mir ganz schwer zum Verständnis sind, wieso man die DDR gut finden konnte oder Ho Chi-Min und Kambodscha und all die Sachen, das verstehe ich nicht. ein bisschen aufarbeiten wäre da schon gut. Und wenn wir dann am Ende sagen, der deutsche Herbst war nicht 77 sondern 89, dann haben wir es geschafft.

Angelika Barbe: Ich will doch zwei Defizite benennen, die mir noch am Herzen liegen. Wir beklagen alle mangelnde Zivilcourage, das hat der Joachim Gauck angesprochen. Wir brauchen Leute mit Zivilcourage, die sich heute auch engagieren, aber die Leute, die Zivilcourage gezeigt haben, die werden ja heute in der Gesellschaft überhaupt nicht geachtet. Man verweigert ihnen den Respekt, der ihnen zusteht. Die vielen, die in den Lagern gewesen sind, die im Gefängnis gewesen sind aus politischen Gründen, die Widerstand geleistet haben, das ist eine ganz wichtige Sache. Es kann nicht sein, dass bei festlichen Veranstaltungen alle Honoratioren der Stadt da sind, aber die Widerstandskämpfer vergessen werden. Und das Zweite ist noch eine Bringschuld: Die Volkskammer hat nämlich beschlossen, dass die Opfer der SED-Diktatur, dieses Unrechtsregimes, das wir nicht verharmlosen dürfen, dass die angemessen entschädigt werden. Diese Bringschuld hat der deutsche Staat noch immer und ich nutze jetzt ganz frecherweise die Gelegenheit, den

Ministerpräsident von Thüringen anzusprechen und ihn zu bitten, eine Bundesratsinitiative einzubringen und mindestens zum 10. oder zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit endlich den Opfern die angemessene Entschädigung sozusagen nicht zu geben, ja, zu überreichen, die ihnen zusteht. Denn wissen Sie, wenn es keine Opfer gegeben hat, dann hat es auch keine Täter gegeben. Und dann kann sich diese SED - wie sie sich auch immer nennt, sie haben ja neulich vor einem Gericht deutlich gesagt, dass sie wirklich die Nachfolger der SED sind - also, dann kann die SED sich hinstellen und sagen, „wir sind nicht verurteilt worden, wir sind nicht schuldig, also war die DDR ganz toll.“ Also, deshalb meine ganz große Bitte, und ich bitte Sie alle, da auch mitzuwirken: Eine angemessene Opferentschädigung, wie wir sie in der letzten Volkskammer parteiübergreifend beschlossen haben, das wäre eine wirklich ganz wichtige Sache.

Michael Rutz: *Und das letzte Wort hat Freya Klier.*

Freya Klier: Wir haben heute den 17. Juni und ich möchte ebenfalls etwas initiieren: Dass jeder Schüler, jede Schülerin einmal im Jahr sich mit dem Thema DDR befasst und es wäre gut, wenn der 17. Juni, nun, da er also auch kein Feiertag mehr ist, wenigstens dazu genutzt würde sich in den Schulen mit DDR-Geschichte zu befassen.

Michael Rutz: *Ja, meine Damen und Herren, Frau Klier, Frau Barbe, meine Herren, Joachim Gauck hat gesagt, " Sie sind Perlen der deutschen Geschichte", wenn ich das vorhin richtig verstanden habe, das war ein sehr schöner Begriff. Wir bedanken uns für das Gespräch mit Ihnen, mit diesen Perlen der deutschen Geschichte. Wir haben viel gelernt, ich jedenfalls, es war mir eine Ehre und ich hoffe, Sie freuen sich über Ihren Preis, zu dem auch ich sehr herzlich gratuliere.*

Ende